

Regierungsratsbeschluss

vom 2. Juli 2013

Nr. 2013/1377

**Vernehmlassung zu den Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Völkerrecht und Landesrecht – Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) und der Bundesverfassung (BV)
Schreiben an das Bundesamt für Justiz, 3003 Bern**

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 19. März 2013 gelangte die Vorsteherin des eidg. Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) an die Kantonsregierungen und ersuchte um eine Stellungnahme zu den Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Völkerrecht und Landesrecht. Die Staatskanzlei hat die Stellungnahme vorbereitet und legt sie zur Beratung und Beschlussfassung vor.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Völkerrecht und Landesrecht wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 2. Juli 2013

Verteiler

Staatskanzlei (Stu 2)
Ratsleitung (8)
Medien (jae)